



2. Dezember 2005

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

Im öffentlichen Teil seiner Sitzung befasste sich der Ausschuss heute mit der Thüringer Schwimmbad–Entwicklungskonzeption, die im Auftrag der Landesregierung erarbeitet und in dieser Woche vorgestellt wurde. Diese Konzeption macht auf der Basis einer Bestandsaufnahme der Hallen-, Frei- und Naturbadkapazitäten in Thüringen Vorschläge für die perspektivische Entwicklung bis 2020. Die Abgeordneten diskutierten mit dem zuständigen Minister insbesondere die Fragen des langfristig anzustrebenden Ausgleichs der Überkapazitäten im Freibadbereich und der Unterkapazitäten im Hallenbadbereich. In die Diskussion sind auch der Landessportbund und die kommunalen Spitzenverbände einzubeziehen. Der Ausschuss wird sich mit der Schwimmbadkonzeption weiter beschäftigen.

Des Weiteren wertete der Ausschuss die Anhörung zum SPD-Antrag „Wirtschaftsfreundlichste Kommunen in Thüringen“ aus. „Dabei kristallisierte sich heraus, dass weniger abstrakte Kriterien, sondern eher konkrete Projekte bei der öffentlichen Auszeichnung von wirtschaftsfreundlichen Gemeinden oder Landkreisen maßgeblich sind“, so der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Michael Krapp. Es sei erwogen worden, den Antrag u. U. unter Einbeziehung der Anhörungsergebnisse neu zu formulieren, so Krapp weiter.

Zum derzeitigen Verfahrensstand bei der Überprüfung und Kontrolle der Energiemarktpreise in Thüringen erstattete die Landesregierung einen Bericht. Man verständigte sich, eine schriftliche Anhörung zur Problematik der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis und zur Kalkulation der Energiepreise der einzelnen Versorger durchzuführen.

Schließlich beschäftigte sich der Ausschuss mit der Auflösung von Tochtergesellschaften der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Konkret ging es dabei um die Aufbaugesellschaft Ostthüringen mbH (AGO), die Entwicklungsgesellschaft Südwestthüringen mbH (ESW) und die Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser mbH (ESK). Die damit verbundene Konzentration der entsprechenden Aufgaben und Mittel bei der LEG wird von den Mitgliedern des Ausschusses als sachgerecht und zeitgemäß eingeschätzt. Krapp wies dabei insbesondere auf die notwendige Sicherung der Stammeinlagen ausscheidender Gesellschafter hin. Wirtschaftsminister Jürgen Reinholz sagte zu, dass laufende Projekte in jedem Fall zu Ende oder in die Verantwortung der LEG überführt werden. Ausdrücklich begrüßt wurde von den Ausschussmitgliedern, dass im Rahmen dieser Umstrukturierung die Einrichtung regionaler Beratungszentren geplant ist. Diese sollen durch die LEG, die Thüringer Aufbaubank (TAB) und die Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung (GfAW) getragen werden.